

Vorsitz: Litauen**723. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 3. Juli 2013

Beginn: 10.05 Uhr

Schluss: 12.05 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter G. Čekuolis

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

Vortrag über die neue französische Verteidigungsstrategie: das Weißbuch „Verteidigung und nationale Sicherheit“ von General G. Maire, Unterstabschef für internationale Beziehungen, Generalstab der französischen Streitkräfte: Vorsitz, General G. Maire (FSC.DEL/119/13/Rev.1 OSCE+), Belgien, Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Spanien, Türkei, Deutschland

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Zerstörung von Lagerbeständen konventioneller Munition in Belgien: Belgien (Anhang 1)*

- (b) *Die Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa: Russische Föderation (Anhang 2), Vereinigte Staaten von Amerika*

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Geberbesuch in Georgien (FSC.DEL/116/13) vom 11. bis 12. Juli 2013: FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Ungarn)*

- (b) *Protokollarische Angelegenheiten:* Schweden, Vorsitz, Vereinigtes
Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 17. Juli 2013, 10.00 Uhr im Neuen Saal



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/729

3 July 2013

Annex 1

GERMAN

Original: ENGLISH

723. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 729, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION BELGIENS**

Herr Vorsitzender,

Belgien möchte das Forum für Sicherheitskooperation darüber informieren, dass das belgische Verteidigungsministerium nach einer Prüfung der Verwaltung und Lagerung von operativen Beständen in seinen Streitkräften beschlossen hat, 15 300 Tonnen Munition bzw. 57 Prozent seiner derzeitigen Lagerbestände zu vernichten. Dies betrifft in erster Linie Artilleriegeschosse, Mörsergranaten, Panzerabwehrminen, Granaten, Raketen, pyrotechnische Munition und Sprengstoffe.

11 700 Tonnen davon werden von 2013 bis 2017 im Rahmen einschlägiger Verträge mit der NATO Support Agency vernichtet, während die restlichen 3 600 Tonnen im Zeitraum 2013 bis 2019 durch den belgischen Kampfmittelbeseitigungsdienst vernichtet werden sollen. Alle Vernichtungsmaßnahmen werden aus staatlichen Mitteln finanziert.

Mit dieser Entscheidung beweist Belgien klar, dass es die Verpflichtungen und bewährten Verfahren der OSZE im Bereich der Lagerbestände konventioneller Munition sehr ernst nimmt, um zur Sicherheit auf unserem Kontinent beizutragen.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung als Anhang dem Journal des Tages beizufügen.

723. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 729, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wie wir in diesem Saal wiederholt festgestellt haben, plädiert Russland konsequent für eine Verringerung des Gewaltfaktors in den internationalen Beziehungen bei gleichzeitiger Festigung der strategischen und regionalen Stabilität und für die Beseitigung möglicher militärischer Gefahren und Bedrohungen mit politischen, diplomatischen und anderen nichtmilitärischen Mitteln, unter anderem mithilfe von Instrumenten zur Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung im militärischen Bereich. Wir beteiligen uns an der Ausarbeitung neuer diesbezüglicher Vereinbarungen auf der Grundlage des Prinzips der Gleichberechtigung und der Unteilbarkeit der Sicherheit, wobei wir davon ausgehen, dass diese Vereinbarungen unseren nationalen Interessen entsprechen und alle Faktoren berücksichtigen, die einen Einfluss auf die strategische Stabilität haben.

Insbesondere wird Russland im Rahmen der Bemühungen um Festigung der regionalen Stabilität in Europa danach trachten, das europäische konventionelle Rüstungskontrollregime mit den heutigen Gegebenheiten in Einklang zu bringen, und auch die bedingungslose Einhaltung der vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) durch alle Seiten anstreben.

Entsprechende Bestimmungen sind in dem vom russischen Präsidenten jüngst bestätigten Außenpolitischen Konzept der Russischen Föderation festgehalten.

Wir gehen davon aus, dass im Laufe der diesbezüglichen langjährigen Verhandlungen im Rahmen und unter der Schirmherrschaft der KSZE/OSZE beträchtliche – positive wie auch negative – Erfahrungen gesammelt wurden, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Gleichzeitig erfordern die grundlegenden Veränderungen sowohl auf politischem als auch auf militärisch-technischem Gebiet eine kritische Beurteilung früherer Errungenschaften und die Ausarbeitung neuer Ansätze.

In den letzten Monaten war eine Belebung der Diskussionen über die Problematik der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa und der VSBM in verschiedenen Formaten zu verzeichnen. Wir rechnen damit, dass es unseren Partnern zu gegebener Zeit gelingen wird, von kontraproduktiven Stereotypen abzugehen und zu einer realistischen offiziellen Position

zu finden, was es ermöglichen wird, die Suche nach allseits annehmbaren Lösungen ohne Vorbedingungen in Angriff zu nehmen.

Wie unsere Partner haben auch wir derzeit noch keine fertigen Rezepte für künftige Vereinbarungen. Wir gehen davon aus, dass wir uns anhand gemeinsamer Überlegungen über einige Schlüsselfragen auf eine kreative Suche machen können. In diesem Zusammenhang möchte unsere Delegation nochmals auf die kürzlich in Moskau abgehaltene internationale Konferenz „Militärische und politische Aspekte der europäischen Sicherheit“ zurückkommen. Wir glauben nicht, im Besitz der alleinigen Wahrheit zu sein, wagen aber doch die Behauptung, dass eine Reihe der von den russischen Konferenzteilnehmern geäußerten Ideen mit direktem Bezug zu unserer Arbeit gute Denkanstöße liefert und für unsere geschätzten Kollegen von praktischem Interesse sein könnte. Ich möchte sie kurz in allgemeiner Form darlegen.

Erstens. Im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte hat sich das militärische Kräfteverhältnis zwischen einzelnen Staaten und ihren Bündnissen spürbar verändert, die Nordatlantische Allianz hat in der konventionellen Rüstung die Oberhand gewonnen. Das Streben nach Aufrüstung und Modernisierung der Angriffspotenziale, Einführung und Stationierung neuer Arten von Waffen und Erweiterung der NATO und ihrer militärischen Infrastruktur hat dem Grundsatz der gleichen Sicherheit geschadet und die Sicherheitsstruktur untergraben, die davor durch ein System von Rüstungskontrollverträgen und -übereinkommen einzementiert war. Eine der natürlichen Folgen dieses Prozesses war der Zusammenbruch des KSE-Vertrags.

Zweitens. Wir sehen keine realistische Alternative zur Schaffung eines prinzipiell neuen Mechanismus für konventionelle Rüstungskontrolle, der den heutigen Bedürfnisse angepasst ist, die Möglichkeit einer gewaltsamen Lösung internationaler Probleme ausschließt und auf dem Grundsatz der gleichen und unteilbaren Sicherheit und der Ausgewogenheit der Rechte und Pflichten der Beteiligten beruht. Wir sind bereit, unter gleichberechtigtem und respektvollem Herangehen an die nationalen Sicherheitsinteressen jedes europäischen Staates gemeinsam nach neuen Formeln für die Lösung der Probleme der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa zu suchen.

Drittens. Man kann wohl kaum behaupten, dass heute alles durch eine einfache Begrenzung der Anzahl der Panzer, gepanzerten Fahrzeuge und Artilleriesysteme zu lösen ist. Es kann kein ausreichendes Maß an Sicherheit gewährleistet werden, wenn nicht alle Waffen, die bei der Lösung von Gefechtsaufgaben in Europa eingesetzt werden können, berücksichtigt werden. Warum soll etwa die Artillerie der Landstreitkräfte streng kontrolliert werden, während Raketenartilleriesysteme der Seestreitkräfte, die über nicht weniger Feuerkraft verfügen und auch gegen das Festland gerichtet werden können, nicht unter die Kontrolle fallen?

Viertens. Die rasante Entwicklung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts führt dazu, dass Präzisionswaffen, nichtstrategische Raketenabwehrwaffen, unbemannte Fluggeräte, roboterähnliche und andere, von den geltenden Mechanismen zur Gewährleistung der militärischen Sicherheit nicht erfasste Mittel zur Kampfführung eine immer größere Rolle zu spielen beginnen. So können etwa Präzisionswaffen, die keinerlei quantitativen, qualitativen oder territorialen Beschränkungen unterliegen, für Angriffe auf strategische Objekte eingesetzt werden.

Fünftens. Neben den technischen Eigenschaften spielt die geografische Verteilung der Waffen eine wesentliche Rolle bei der Gewährleistung der Sicherheit. Häufig lief die Erörterung dieser Frage bisher lediglich auf die berüchtigten Flankenbegrenzungen hinaus. Das „Geografieproblem“ sollte man jedoch unter einem breiteren Blickwinkel sehen. Heute können zum Beispiel vorgeschobene Truppenteile oder kompakte Sondereinheiten von größerer Bedeutung sein als die Anzahl der einem bestimmten Militärbezirk zugeteilten Panzer.

Sechstens. Es könnte nützlich sein, noch vor Beginn der Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa zu versuchen, eine spezielle Matrix zu erstellen, aus der der Zusammenhang zwischen konkreten Waffenarten und das Ausmaß, in dem sie die Lösung von Aufgaben im Zuge von Kampfhandlungen beeinflussen, hervorgeht. Einvernehmlich, unter anderem mit Beteiligung regierungsunabhängiger Experten ausgearbeitete, allen verständliche quantitative Merkmale wären vielleicht auch für die offiziellen Verhandlungspartner ein guter Anreiz.

Siebtens. Einige Worte zum Wiener Dokument 2011. Das darin vorgesehene Bündel an politischen und militärischen Maßnahmen gewährleistet nach Einschätzung des russischen Verteidigungsministeriums die Offenheit und Vorhersehbarkeit der militärischen Aktivitäten der Teilnehmerstaaten der OSZE, es festigt das Vertrauen zwischen ihnen und macht bewaffnete Konflikte in Europa weniger wahrscheinlich. Dennoch müssen auch in den Mechanismen des Wiener Dokuments die in den Streitkräften vieler europäischer Staaten eingetretenen Veränderungen berücksichtigt werden, einschließlich der Einführung neuer Waffenarten, die von diesem Instrument nicht erfasst werden, aber die militärischen Potenziale der Staaten erheblich beeinflussen können.

Achtens. Im weiteren Sinne stellt sich die Frage: Brauchen wir eine Kontrolle um der Kontrolle willen? Denn die Informationen, die wir im Zuge der Umsetzung internationaler Rüstungskontrollverträge erhalten, sind so vollständig und ausreichend, dass sie Aufschluss über die Dislozierung von Truppenteilen, deren tatsächlichen Zustand und den Grad ihrer Ausstattung mit Waffen und militärischem Gerät geben. Vielleicht wäre es sinnvoll, die Verifikationstätigkeit auf wirklich sensible Bereiche zu konzentrieren, zum Beispiel auf das Zusammenziehen von Gruppierungen und die Verlegung von Truppen.

Neuntens. Man sollte auch über den Beitrag der militärischen Zusammenarbeit zur Gewährleistung von Transparenz in den militärischen Aktivitäten nachdenken. Manchmal sind gemeinsame Übungen und Ausbildungen effizienter und informativer als Inspektionen. Das ist angesichts der Einsparungen in den Militärhaushalten nicht zu unterschätzen. Unserer Ansicht nach sind gemeinsame Projekte notwendig, die das Vertrauensdefizit kompensieren könnten.

Wir gehen davon aus, dass diese vorläufigen Überlegungen als Grundlage für eine weitere engagierte Diskussion dienen werden.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung als Anhang beizufügen.